



„Fortschritt braucht Gleichstellung“

Welche Impulse bringt die neue Regierung für die Gleichstellung? Darüber diskutierten jetzt Gleichstellungsbeauftragte und Vertreterinnen aus den Frauenhäusern und Beratungsstellen der Region mit SPD-Abgeordneten

MEHR AUF SEITE 2



100 Tage Ampel

Das Zukunftsbündnis im Bund hatte keine Schonfrist. Was haben die Partner bis jetzt gemeinsam erreicht? Eine erste Zwischenbilanz

AUF SEITE 4



Sicherheit im Wandel

In Berlin wie im heimischen Wahlkreis ist der Überfall Putins auf die Ukraine derzeit das bestimmende Thema bei der Abgeordnetenarbeit. Die Solidarität mit der Ukraine und die Flüchtlingshilfe stehen dabei auf allen Ebenen im Vordergrund.

Von Dr. Ralf Stegner MdB

Liebe Leserinnen und Leser, hinter uns liegen bewegte und bewegende Wochen. Putins völkerrechtswidriger Angriffskrieg hat Vieles in Europa verändert. Zu Recht hat

Bundeskanzler Olaf Scholz von einer Zeitenwende gesprochen.

Der Überfall auf die Ukraine hat dabei auch die Arbeit des Bundestags und meine Arbeit

als Abgeordneter und Mitglied des Auswärtigen Ausschusses maßgeblich beeinflusst.

(Fortsetzung auf Seite 2)

IN DIESER AUSGABE:

- Sicherheit im Wandel S. 2
- „Fortschritt braucht Gleichstellung“ S. 2
- „Rettet die Landgasthöfe“ S. 3
- Impressum S. 3
- 100 Tage Ampel S. 4

340 Millionen Euro: KfW-Förderung hilft im Kreis Pinneberg

„Das ist ein beachtliches Fördervolumen“, sagt Ralf Stegner. Gemeint ist der Gesamtbetrag von 342,8 Millionen Euro an Krediten und Zuschüssen, mit denen die früher als „Kreditanstalt für Wiederaufbau“ bekannte bundes-eigene Förderbank KfW im vergangenen Jahr Projekte im Kreis Pinneberg unterstützt hat. „Das geht vom Zuschuss für seniorengerechten Wohnungsumbau über das Baukindergeld bis zur Ladeeinrichtung fürs E-Auto“, berichtet der Parlamentarier. Mehr als 5000 Anträge aus der Region wurden dabei jetzt bewilligt. „Die Förderung hilft konkret vor Ort und macht unsere Region wirtschaftlich auch strukturell stärker“, freut sich Stegner.



Ein beeindruckender Beweis für die Solidarität mit der Ukraine: Die Friedensdemo in Elmshorn am 6. März.

Sicherheit im Wandel

(Fortsetzung von Seite 1)

Für die neue SPD-geführte Koalition steht dabei die Solidarität mit der Ukraine im Mittelpunkt. Olaf Scholz und Außenministerin Annalena Baerbock von den Grünen tun derzeit alles um zu helfen, dass endlich wieder die Waffen schweigen. Diplomatie und Friedensgespräche bleiben dabei stets das entscheidende Instrument. Es ist gut, dass Europa und die USA geschlossen und entschlossen handeln und wirksame Sanktionen verhängt haben. In Deutschland ist es jetzt außerdem wichtig, schnell Energieunabhängigkeit von Russland herzustellen und die Bundeswehr einsatzfähig zu machen (mehr zum Bundes-

wehr-Sondervermögen auf Seite 4).

Auch bei uns vor Ort in Schleswig-Holstein und im Kreis Pinneberg bewegt der Krieg die Menschen – das zeigen die Friedensdemonstrationen in den Städten und die große Welle der Hilfe für die Flüchtlinge aus der Ukraine, die jetzt in Deutschlands Norden ankommen. In Elmshorn habe ich am 6. März gemeinsam mit 1500 weiteren Bürgerinnen und Bürgern aus der Region gegen den Krieg demonstriert, und durfte in einem Redebeitrag auch „Danke“ sagen für die Solidarität mit dem überfallenen Land.

Für die „Ampel“, die jetzt wenig mehr als 100 Tage im Amt ist (eine kleine Bilanz finden

Sie auf Seite 4), bleiben allerdings auch andere große Herausforderungen auf der politischen Tagesordnung: Nicht zuletzt die nach wie vor nicht überwundene Pandemie und die Klimawende.

Haushaltswoche: Zukunfts-Investitionen im Blick

In Berlin haben wir uns zuletzt im Rahmen der „Haushaltswoche“ des Parlaments mit der konkreten Umsetzung der Pläne für ein Jahrzehnt der Zukunftsinvestitionen befasst, um die sozial-ökologische Transformation in Deutschland voranzutreiben. Dafür nehmen wir viel Geld in die Hand – über 200 Milliarden Euro für die Jahre 2023 bis 2026! Mit einem Ergänzungs-

haushalt sollen außerdem Mittel bereitgestellt werden, die nötig sind, um die Auswirkungen des Ukraine-Kriegs abzumildern, steigende Energiekosten abzufedern und die humanitären Hilfen für die Ukraine auszubauen.

Energie: Versorgung sichern

Und natürlich standen die hohen Energiepreise auf der Tagesordnung: Koalition und Regierung sorgen hier für Entlastungen und eine stabile Versorgung. Mehr hierzu können sie auf Seite 4 dieser Ausgabe von „SPD – Stegner's Pinneberg-Depesche“ finden, meines Infoblatts, das künftig quartalsweise erscheinen soll und zu dessen Lektüre ich Sie herzlich einlade.

„Fortschritt braucht Gleichstellung“: Engagierte Diskussion zum Frauentag

Welche Impulse plant die Ampel-Koalition für die Gleichstellung? Diese Frage stand jetzt im Mittelpunkt einer Diskussionsrunde, zu der Ralf Stegner Gleichstellungsbeauftragte und Vertreterinnen aus den Frauenhäusern und Beratungsstellen der Region anlässlich des Welt-Frauentags eingeladen hatte.

Als Expertin machte Leni Breymaier, gleichstellungspolitische Sprecherin der Bundestags-SPD, deutlich, dass Verbesserungen von der materiellen Gleichstellung über mehr Beteiligung in Parlamenten und Regierungen bis zur Gleichstellung in der Gesellschaft vorgesehen sind. „Bei konsequenter Umsetzung kommen wir auf dem Weg zu einer echten Gleichstellung der Geschlechter einen großen Schritt voran“, betonte die Abgeordnete. Für sie besonders wichtig: „Wir haben die

bedingungslose Umsetzung der Istanbul-Konvention verabredet. Dies bedeutet Schutz vor Gewalt für alle Frauen, unabhängig von ihrer Herkunft.

Dass dies vor allem die Situation von geflüchteten Frauen verbessern wird, hofft die zweite Referentin der Runde, die Elmshorner Landtagsabgeordnete und gleichstellungspolitische Sprecherin der SPD in Kiel, Beate Raudies, mit Blick auf die Situation in der Ukraine: „Frauen kommen ohne ihre Männer bei uns an, manche Kinder ohne ihre Eltern. Wir müssen sicherstellen, dass deren Hilflosigkeit



Foto: photothek

Leni Breymaier MdB

nicht ausgenutzt wird.“

Konkrete Maßnahmen in Deutschland sollen die Schaffung zusätzlicher Frauenhausplätze und eine verlässliche Finanzierung der Einrichtungen sein.

Nach Raudies' Schätzung werden in Schleswig-Holstein zwei bis drei Millionen Euro zusätzlich benötigt, um dabei das Angebot dem Bedarf anzupassen. Raudies: „Leider verweigern sich CDU, Grüne und FDP bisher, diese Mittel bereitzustellen. Wir wollen das nach der Landtagswahl ändern!“.



Foto: www.papeelange.de

Beate Raudies MdL

„Rettet die Landgasthöfe!“



Foto: Jens v. Höfen
Freuten sich über einen guten Austausch: Kai Vogel MdL, Hans-Peter Stahl, Vorsitzender der SPD-Kreistagsfraktion, Ralf Stegner MdB, Thomas Höck MdL, die Dehoga-Vertreter*innen Monika David, Claudia Böhm, Jürgen Schumann und Heike Thormälen, Beate Raudies MdL sowie Annette Thormälen und Christoph Dettling (beide Dehoga).

Auch nach dem Ende der härtesten Pandemie-Einschränkungen geht es den Hotels und Gaststätten im Kreis Pinneberg nicht gut. Das wurde bei einem Gespräch der Kreis Pinneberger SPD-Landtagsabgeordneten Thomas Höck, Beate Raudies und Kai Vogel sowie von MdB Ralf Stegner und dem Vorsitzenden der SPD-Kreisfraktion, Hans-Peter Stahl, mit dem Vorstand des Hotel- und Gaststättenverbands, deutlich.

Eindrücklich schilderte Christoph Dettling, der die Politiker in seinem Betrieb, dem Haselauer Landhaus, begrüßte, die Situation der Branche. „Nach zwei Jahren Corona-Schutzmaßnahmen sind viele von uns wirtschaftlich und mental ziemlich fertig.“ Ein guter Sommer 2021 habe insbesondere den Häusern mit Außengastronomie ein Zwischenhoch beschert. „Aber das macht die Verluste davor und danach nicht wett!“ Die Bewertung der staatlichen Hilfen fällt bei den Gastronomen dabei differenziert und nicht nur positiv aus. Bei den Soforthilfen des Landes haben nachträgliche Regeländerungen vielen Betrieben das Leben schwer gemacht, wie Dettling deutlich machte: „Ausgerechnet die Katastrophenmonate März und April 2020 sind nicht berücksichtigt worden, so dass viele Betriebe Rückforderungen erhalten.“

Den Start nach dem Aufheben der härtesten Beschränkungen mache das nicht leicht. „Die meisten fangen jetzt mit 70 Prozent Auslastung wieder an“, machte der Haselauer deutlich.

Einhellig fiel indessen das Lob für das ausgeweitete Kurzarbeitergeld aus. „Damit hat die Politik uns gerettet“, brachte Veranstaltungs-Gastronomin Annette Thormälen, die gemeinsam mit ihrer Schwester Heike die Elmshorner Gaststätte „Sibirien“ betreibt, die Erleichterung auf den Punkt. Beide sprechen sich auch für eine Mindestloohnerhöhung auf 12 Euro aus.

Ihre Kollegin Monika David vom Tangstedter Traditionshaus „Sellhorns Gasthof“ verwies auf die zusammenführende Funktion der Gastronomie gerade im ländlichen Bereich und zog dabei einen Vergleich zu in der Pandemie-Zeit systemrelevanten Branchen. Ihre mit einem Augenzwinkern, aber nicht unernst gestellte Frage „Wer klatscht für uns?“, provozierte eine prompte Antwort des SPD-Bundestagsabgeordneten, der selbst Gastwirtssohn ist. „Von mir gibt es Applaus für Sie!“ Der Einsatz, mit dem viele Gastronomen ihre Betriebe durch die Krise gebracht hätten, nötige ihm großen Respekt ab. Das sah auch Thomas Höck so. „Die Dorfgasthöfe sind An-

ker im ländlichen Raum.“ Umso mehr ärgert ihn, dass seine Fraktion mit ihrem Ansinnen gescheitert ist, ein Förderprogramm für Landgasthöfe im Binnenland aufzulegen. „Jamaika sah keine Notwendigkeit.“

Genau diese wurde in der Runde allerdings mit Fallbeispielen belegt. So könne in der angespannten Situation auch die wegen der neu geltenden Belegausgabepflicht anstehende Anschaffung einer neuen Kasse zu einer kaum zu schaffenden Herausforderung werden. Denn, so Monika David: „So eine Kasse kostet schon mal 6000 Euro.“

Dafür, dass die Gastro-Betriebe auch über längere Zeit sicher vor einschränkenden Pandemieschutzmaßnahmen sind, ist nach Auffassung der SPD-Abgeordneten aber vor allem Eines wichtig, wie Höck deutlich machte: „Eine hohe Impfquote!“ Er warb dafür, dass sich der Dehoga deshalb für eine Impfpflicht einsetzt.

Auf den Schlussappell von „Sibirien“-Wirtin Annette Thormälen: „Wir sind gerne Gastgeber – helfen Sie, dass wir es bleiben können!“ folgte für die SPD-Abgeordneten am Ende eine klare Antwort von Höck: „Wir müssen die Landgasthöfe retten! Wir setzen uns für Sie ein.“

„Jetzt für Deutschen Kita-Preis bewerben“

„Die Kitas in unserer Region arbeiten mit viel Einsatz daran, dass Kinder bestmöglich aufwachsen.“ Das sagt Ralf Stegner. Der Bundestagsabgeordnete wirbt deshalb dafür, dass sich Einrichtungen und lokale Bündnisse um den Deutschen Kita-Preis 2023 bewerben.

Das Bundesfamilienministerium und die Deutsche Kinder- und Jugendstiftung vergeben die Auszeichnung gemeinsam mit weiteren Partnern. Interessierte Teams können sich ab sofort anmelden. Mitmachen können Kitas und lokale Bündnisse in Deutschland, die sich für das gute Aufwachsen von Kindern einsetzen.

Vorschlagsberechtigt sind nicht nur die Einrichtungen, sondern auch Eltern, Nachbarn oder Kommunalpolitiker*innen. Möglich ist dies auf der Homepage www.deutscher-kita-preis.de/zur-empfehlung. Alle empfohlenen Einrichtungen werden kontaktiert und beim Erstellen ihrer Bewerbung beraten. Dotiert ist der Preis mit insgesamt 130.000 Euro. Interessierte können sich unter www.deutscher-kita-preis.de/bewerbung registrieren und direkt damit starten, die Bewerbungsfragen zu beantworten und ihr Motivations-schreiben zu erstellen. Die fertige Bewerbung kann dann vom 16. Mai bis 15. Juli 2022 eingereicht werden.

Für das Helgoländer „Bluehouse“,

Helgoland: Bund stockt Gelder für „Bluehouse“ auf

Nachfolgeprojekt des wegen Baufälligkeit geschlossenen Aquariums können im Frühjahr die Bauarbeiten beginnen. Dafür sorgt nicht zuletzt ein ausgeweitetes Engagement des Bundes, für das sich auch Ralf Stegner als zuständiger Bundestagsabgeordneter stark gemacht hatte. „Im Herbst habe ich die Information über die Kostensteigerung erhalten, für die auch gestiegene Baustoffkosten verantwortlich sind“, berichtet der SPD-Mann. „Ich habe mich daraufhin beim Bundesforschungsministerium für eine Beteiligung des Bundes eingesetzt und schließlich eine positive Antwort erhalten.“

Der Bau wird am Ende voraussichtlich 20 Millionen Euro kosten und soll 2024 fertig gestellt werden. Neben dem Bund sind auch das Land und die Gemeinde Helgoland an der Finanzierung beteiligt.

Impressum

Stegners Pinneberg-Depesche
Ausgabe 1/2022

Hrsg.: Jens von Höfen
Friedrich-Ebert-Str. 34
25421 Pinneberg
Tel: (04101) 20 06 39
Fax: (04101) 55 36 65

Redaktion: Jens von Höfen
(V.i.S.d.P.), Dörte Köhne-Seiffert

100 Tage Ampel

Mehr Fortschritt wagen – das wollen SPD, Grüne und FDP mit ihrer Koalition im Bund. Die ökologische Transformation in Deutschland soll sozial gerecht gestaltet, der Kampf gegen den Klimawandel verstärkt und die Rahmenbedingungen für unsere moderne Gesellschaft verbessert werden. Aktuell überlagert der Überfall Putins auf die Ukraine diese Politikfelder: ein Krieg mitten in Europa – eine Zeitenwende. Auch bei der Unterstützung der Ukraine, der Flüchtlingshilfe und der Bewältigung der Auswirkungen auf Wirtschaft und Gesellschaft ist das neue Bündnis gefordert. Am 18. März war die Ampel 100 Tage im Amt.

WAS HAT SIE BIS JETZT AUF DEN WEG GEBRACHT?



Die Koalition will die ökologische Transformation vorantreiben und Deutschland auf den 1,5-Grad-Pfad von Paris bringen. Auf den Weg gebracht hat die Ampel dafür schon wichtige Maßnahmen:

Investieren in Klimaschutz und Transformation

- Der Stromsektor wird bis 2035 treibhausgasneutral.
- Der Ausbau der erneuerbaren Energien wird beschleunigt. Hierzu wird das Planungs- und Genehmigungsrecht vereinfacht und die Ausschreibungsmengen für Wind- und Solar-energie erhöht.

Sondervermögen für die Bundeswehr

Das Sondervermögen für die Bundeswehr schafft Raum für dringend nötige Investitionen in die Fähigkeiten für Sicherheit und Verteidigung und für eine bestmögliche Ausrüstung der Soldat*innen. Damit wird die Zukunft unserer Bündnis- und Landesverteidigung gesichert. Gleichzeitig wird das Sondervermögen ausgelagert und greift den Kernhaushalt nicht an. Mittel für die innere und soziale Sicherheit wie die Kindergrundsicherung stehen so weiter ausreichend zur Verfügung.

Um Kinderarmut effektiv zu bekämpfen, wird eine Kindergrundsicherung eingeführt. Bis zur Umsetzung erhalten Kinder aus ärmeren Familien einen Sofortzuschlag in Höhe von 20 Euro monatlich. Ab 2026 erhalten Grundschüler*innen stufenweise einen Rechtsanspruch auf Ganztagsbetreuung.

Entlastungen für Familien

Sicher und fair durch die Pandemie

Die Anerkennung für die Beschäftigten im Gesundheitswesen vor allem während der Pandemie soll sich auch im Portemonnaie bemerkbar machen. Deshalb hat die Ampel einen **PFLEGE Bonus** für die Pflegekräfte in den Krankenhäusern und anderen Einrichtungen auf den Weg gebracht.

Um vulnerable und ältere Menschen zu schützen, das Ansteckungsrisiko zu senken und die Impflücke ein Stück weiter zu schließen, hat die Koalition das **INFEKTIONSSCHUTZGESETZ** überarbeitet und eine **BRANCHEN-IMPFPFLICHT** für Mitarbeitende in Krankenhäusern und Pflegeeinrichtungen eingeführt.

Gute Arbeit fair bezahlen

Jede Arbeit verdient Respekt. Der gesetzliche **MINDESTLOHN** wird deshalb noch in diesem Jahr auf 12 Euro pro Stunde steigen. Besonders Frauen und die Arbeitnehmer*innen in Schleswig-Holstein, dem Lohnkeller des Westens, profitieren von der Erhöhung. Außerdem wird bis zur Einführung des Bürgergelds der Zugang zur Grundsicherung vereinfacht. Das **KURZARBEITERGELD** hat in der Krise Millionen Arbeitsplätze gerettet. Da einige Branchen noch immer durch die Maßnahmen zur Pandemie-Eindämmung betroffen sind, gilt die Regelung bis zum Sommer.

Putins Krieg in der Ukraine hat die Energiepreise weiter ansteigen lassen. Heizen, Strom und Mobilität müssen aber für jeden bezahlbar sein. Die Ampel hat deshalb schon früh ein erstes Entlastungspaket vereinbart:

Entlastungen wegen hoher Energiepreise

- Einmaliger verdoppelter **HEIZKOSTENZUSCHUSS** für Wohngeldempfänger*innen, Bezieher*innen von BAföG und Berufsausbildungsbeihilfe.
- Abschaffung der EEG-Umlage bereits zum 1. Juli 2022.
- Erhöhung der Pendlerpauschale für Fernpendler*innen im ländlichen Raum.
- Erhöhung des **ARBEITNEHMERPAUSCH-BETRAGS** bei den Werbungskosten und des Grundfreibetrags bei der Einkommensteuer.

Und aktuell ist noch das **ZWEITE ENTLASTUNGSPAKET** hinzugekommen.

Energie-Entlastungspaket

- 300€ für Erwerbstätige
- ÖPNV: 90 Tage für 9€ im Monat
- Familien: 100€ pro Kind
- Transferleistungen: 200€ zusätzlich
- Energiesteuern auf Kraftstoffe runter

Rolf Stegner, MdB



Kampf gegen Rechts:

- Aktionsplan gegen Rechtsextremismus.
- 11. März als Gedenktag für die Opfer terroristischer Gewalt.

Was die Ampel noch auf den Weg gebracht hat

Streichung des § 219a

- Ärzt*innen können über Schwangerschaftsabbrüche informieren, ohne eine Strafverfolgung befürchten zu müssen.

Wahlrechtsreform

- Eine Kommission soll die Parlamentsarbeit modernisieren und eine Verkleinerung des Parlaments vorbereiten.